



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Medienmitteilung

Lernen von Spanien für mehr Schutz vor häuslicher Gewalt

Eine Schweizer Delegation mit Vertretungen aus Politik, Polizei, Behörden von Bund und Kantonen und Universitäten hat Ende Januar Einblick genommen in die Arbeit der spanischen Behörden in der Bekämpfung von häuslicher Gewalt. Ziel ist es, von den langjährigen Erfahrungen Spaniens für die Präventionsarbeit in der Schweiz zu profitieren.

Die Bekämpfung und Verhütung von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen hat beim Bund und den Kantonen hohe Priorität. Um den Schutz der Opfer zu verbessern, haben die Schweizer Behörden in den letzten Jahren verschiedene Massnahmen ergriffen. Unter anderem haben Bund und Kantone im Jahr 2021 eine gemeinsame Roadmap zu einem strategischen Dialog zur häuslichen Gewalt verabschiedet. Seit dem 1. Januar 2022 können die Behörden zum Schutz vor Drohung, Nachstellung und Gewalt zudem auch eine elektronische Überwachung der Täter anordnen. Um einen erfolgreichen Einsatz dieser technischen Möglichkeiten zu entwickeln, laufen in verschiedenen Kantonen Pilotprojekte.

Breite Erfahrung in Spanien

Eine Delegation mit Vertretungen aus Politik, Polizei, Behörden von Bund und Kantonen und Universitäten hat sich vergangene Woche auf einer Studienreise mit den Erfahrungen der spanischen Behörden beim Schutz vor häuslicher Gewalt auseinandergesetzt. Der Schutz von Opfern vor gender-spezifischer Gewalt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist in Spanien unbestritten und seit 2004 gesetzlich verankert. Die spanischen Behörden haben dadurch langjährige Erfahrung in der Bekämpfung von spezifischer Gewalt gegen Frauen und beim Schutz der Opfer. Auch strukturell sind die spanischen Behörden mit spezialisierten Einheiten in der Verwaltung, bei der Polizei, den Staatsanwaltschaften und den Gerichten gut aufgestellt. Die elektronische Überwachung von Tätern und Opfern kommt breit zur Anwendung.

Die Schweizer Delegation hat anlässlich des Besuchs in Spanien am 26. und 27. Januar einen vertieften Einblick in dieses System erhalten. „Wir müssen den Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt weiter verbessern“, hält die Zürcher Justizdirektorin Jacqueline Fehr fest. „Spanien hat dazu breite Erfahrungen, die wir auf unserem Weg in eine gewaltärmere Gesellschaft unbedingt nutzen müssen.“ Die Erkenntnisse der Reise werden nun ausgewertet und in die Entwicklung des Schweizer Systems einfließen.

Bern, 31. Januar 2023

Für weitere Auskünfte

Jacqueline Fehr, Präsidentin Verein gesamtschweizerisches EM, Regierungsrätin ZH, heute Dienstag, 31. Januar 2023 von 11 bis 12 Uhr, Telefon 043 259 25 02

Alain Hofer, stellvertretender Generalsekretär der KKJPD, Telefon: 031 318 15 05

1 / 1